

Zeitschrift: Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Band: 94 (2014)
Heft: 1017

Artikel: Die Energiefrage im Generationenvertrag
Autor: Cosandey, Jérôme
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-735910>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Energiefrage im Generationenvertrag

Am 18. Mai haben zwei Kantone über ihre Energiepolitik abgestimmt. Im Kanton Bern stand die sofortige Abschaltung des Kernkraftwerks Mühleberg zur Diskussion, im Kanton Neuchâtel ging es um die aktive Förderung von Windkraftanlagen. Im Zentrum der Diskussion steht stets die Frage der Nachhaltigkeit. Auch im Rahmen der Energiestrategie 2050 des Bundesrates werden im Namen einer nachhaltigen Umweltpolitik Massnahmen vorgeschlagen, die eine Lenkung des Energiemarkts anstreben und immer stärker die Benutzung bzw. Verbannung einzelner Technologien vorgeben wollen.

Doch nachhaltig ist eine *«Entwicklung, die den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen»*, so eine gängige Definition. Dabei sollte nicht nur der Ressourcenverbrauch, sondern auch der Handlungsspielraum kommender Generationen im Zentrum stehen. Technologievorgaben verletzen diese Nachhaltigkeitsdefinition in mehrfacher Hinsicht.

Technologievorgaben oder -verbote spiegeln die Präferenz der heutigen Generation gegenüber einem bestimmten Risiko und stützen sich auf den heutigen Wissensstand. Verbote behindern, dass Technologien verbessert werden: die Reduktion ihrer Risiken, ihre Kostenoptimierung und allfällige Nutzenverbesserungen.

Subventionen von Technologien sind weniger radikal als Technologievorgaben, weil sie lediglich den Anreiz zum Konsum gewisser Technologien schaffen, ohne Marktteilnehmer per Dekret aus ihrem Geschäft zu verdrängen. Die langfristigen Effekte sind dennoch vergleichbar. Erstens fördern Subventionen die Optimierung von Subsystemen anstelle des Gesamtsystems. So wird ein Hauseigentümer eher seine Energierechnung mittels einer subventionierten Solaranlage reduzieren als durch eine selbstfinanzierte Erneuerung der Hausisolierung. Zweitens lenkt die durch Subvention induzierte Nachfrage beim Endkonsumenten Investitionsgelder der Produzenten künstlich in einzelne Sektoren. Darunter leidet die Entwicklung anderer (Umwelt-)Technologien. Es entstehen Pfadabhängigkeiten, die die Entscheidungsfreiheit künftiger Generationen einschränken.

Jérôme Cosandey

ist Projektleiter bei Avenir Suisse und schreibt zurzeit ein Buch über die Zukunft des Generationenvertrags.

Aus Sicht einer nachhaltigen Umweltpolitik müssten deshalb solche Pfadabhängigkeiten verhindert oder zumindest minimiert werden. Ziel ist deshalb eine Umweltpolitik, die Ressourcenverschwendung eindämmt, ohne dabei den Handlungsspielraum künftiger Generationen einzuengen.

Das ist zum Beispiel beim Emissionshandel von CO₂-Zertifikaten der Europäischen Union der Fall. Bei einem solchen Mechanismus wird lediglich das Ziel, die maximale CO₂-Produktion, nicht der Weg zum Ziel vom Staat vorgegeben. Die Marktteilnehmer wählen die Lösung, die für ihre spezifische Situation die grössten CO₂-Ersparnisse oder die niedrigsten Kosten verursacht. Dieser dezentrale Ansatz nützt das Wissenspotential aller Marktteilnehmer aus, die in der Regel bessere Kenntnisse bezüglich ihrer Vermeidungsoptionen haben als der Staat. Damit wird eine optimale Zuweisung finanzieller und menschlicher Ressourcen sichergestellt. Im Gegensatz zu Subventionen einzelner Technologien ermöglicht dieser Ansatz es, den Ausstoss von Schadstoffen entlang der gesamten Produktionskette zu optimieren.

In der Praxis hat der CO₂-Zertifikatehandel an Bedeutung verloren – viele Länder setzen auf eine direkte Förderung von erneuerbaren Energien. Dabei kann ein Quotenmodell als eine Art «zweitbeste» Lösung angesehen werden. Diese verpflichtet Energieversorger pauschal, einen Teil ihres Bedarfs durch erneuerbare Energieträger zu decken. Es überlässt jedoch den Unternehmen, die für sie passende technische Lösung auszuwählen. Wettbewerb zwischen den Technologien steuert dann die Struktur der Investitionen. Ähnlich – jedoch nicht ganz so ausgeprägt – wie beim CO₂-Zertifikatehandel wird keine Technologie systematisch vorgezogen oder benachteiligt. Schliesslich sollen auch bei Investitionen nachhaltige Grundsätze gelten und Geldressourcen schonend verbraucht werden. Umso mehr, wenn damit der Spielraum künftiger Generationen erhalten bleibt. ◀